

Friedensgespräche und Vereinbarungen zwischen Regierung Santos und FARC

Oktober 2012

Offizieller Beginn der Gespräche

ohne Waffenstillstand

nicht fest gelegter Zeitrahmen

regelmäßige Überprüfung durch die Gesprächspartner

Bürgen des Gesprächsprozesses: Kuba und Norwegen

Gesprächsbegleiter: Chile und Venezuela

Themen des Verhandlungsprozesses

26. Mai 2013

1. Politik integraler ländlicher Entwicklung

- Zugang zu Land
- Entwicklungsprogramme mit regionalem Schwerpunkt
- nationale Pläne zu integraler Landreform (Infrastruktur, soziale Entwicklung, Produktivität, Arbeitsbedingungen)
- Ernährungssicherheit

6. November 2013

2. Politische Teilhabe

- Rechte und Garantien für Opposition
- demokratische Mechanismen bürgerschaftlicher Teilhabe
- Maßnahmen zu mehr Beteiligung in National-, Regional- und Lokalpolitik

(23. August 2016)

5. Beendigung des Konfliktes

- Übereinkunft über Feuerpause und Waffenniederlegung
- Eingliederung der FARC in das zivile Leben
- Übereinkunft über Sicherheitsgarantien

16. Mai 2014

4. Lösung des Problems illegaler Drogen

- Programme zum Ersatz für Anbau illegaler Drogen
- Programme zu Prävention und öffentliche Gesundheit
- Lösungen für Produktion und Handel mit Drogen

15. Dezember 2015 5. Opfer des Bürgerkriegs

ab Mai 2014 bis 2015 Anhörung von 60 Opfern (5 Delegationen) in Havanna

- Integrales System von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung
- Spezielle Rechtssprechung für den Frieden/ Transitionsjustiz
- Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte

(23.08.2016)

6. Implementierung und Unterzeichnung

- Mechanismen zur Implementierung und Überprüfung
- Aufgaben der Kommission zur Implementierung und Überprüfung
- internationaler Anteil der Überprüfung
- internationale Begleitung
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Probleme und Risiken für den Frieden

- fehlende Mehrheit bei Volksabstimmung
- noch keine offiziellen Verhandlungen mit ELN
- Weiterexistenz des Paramilitarismus
- Vorgängerpräsident Uribe und unnachgiebige Rechte
- Bedrohung und Morde an Führungspersonen zivilgesellschaftlicher Organisationen
- illegaler Bergbau/Bergbau ohne Entschädigung für Dörfer und ohne ökologische Auflagen